

MODERNISIERUNG ODER ÖKOLOGISIERUNG?

DAS IST HIER DIE FRAGE

BRUNO LATOUR

Im Mittelpunkt dieses Aufsatzes steht die Beschäftigung mit dem Schicksal der politischen Ökologie.¹ Drei unterschiedliche thematische Stränge bilden das Grundgerüst meiner Argumentation, die stark von der politischen Situation in Frankreich und der anhaltend geringen Bedeutung der verschiedenen grünen Parteien dort beeinflusst ist: An erster Stelle steht ein interessantes Modell für das Verständnis politischer Debatten, das die beiden französischen Soziologen Luc Boltanski und Laurent Thévenot in ihrem Buch „Über die Rechtfertigung“ dargestellt haben.² Zweitens beziehe ich mich auf eine Fallstudie, die ich in den 1990er Jahren über die gesetzlich verankerte Schaffung so genannter „lokaler Wassergemeinschaften“ durchgeführt habe (Latour & Le Bourhis 1995).³ Und drittens verfolge ich

ein langfristig angelegtes philosophisches Projekt, in dem ich eine Alternative zum Modernitätsbegriff entwickle (Latour 1993) und die politischen Wurzeln unserer Vorstellung von Natur untersuche. Meine Grundthese ist schnell in Worte gefasst: Die politische Ökologie lässt sich nicht als eine weitere Ausdifferenzierung der Moderne auffassen. Im Gegenteil, man muss sie als Alternative zur Modernisierung betrachten. Um dies tun zu können, muss man sich von der falschen Vorstellung verabschieden, dass Ökologie etwas mit Natur an sich zu tun hat. Sie wird vielmehr in diesem Zusammenhang als neues Verfahren betrachtet, mit dem alle Dinge des menschlichen und nicht-menschlichen kollektiven Lebens gehandhabt werden können.⁴

WIRD DIE POLITISCHE ÖKOLOGIE DAHINSCHEIDEN?

Seit den 1980er Jahren wurde immer wieder die Frage aufgeworfen, inwieweit die Öko-Bewegung tatsächlich eine neue Form von Politik an sich darstellt oder ob sie lediglich ein Spezialbereich der Politik ist. Diese Unsicherheit spiegelt sich in den Schwierigkeiten, welche die Umweltschutzparteien dabei hatten, ihren Platz zu finden. Bei ihrer rasanten Einbindung in die alltäglichen Angelegenheiten der Menschen könnte die Umweltschutzbewegung das Schicksal der Hygiene-Bewegung des 19. Jahrhunderts ereilen – einer Bewegung, die trotz offensichtlicher Unterschiede vergleichbar ist: So wie letztere vorbeugende Impfprogramme, die Überwachung der Trinkwasserqualität oder Gesundheitspässe etablierte, beeinflusst auch die Ökologie-Bewegung in vielerlei Hinsicht das Alltagsleben, bringt Normen und Regeln hervor und bestimmt das politische Handeln mit. Man würde zwar im Wald keinen Abfall mehr zurücklassen oder auf den Boden spucken, doch gute Manieren und Höflichkeit konstituieren noch kein politisches Projekt. Ebenso wenig wie es heute eine „Hygiene-Partei“ gibt, wird es bald auch keine grüne Partei mehr geben. Alle politischen Parteien, alle Regierungen und alle Bürger werden diese neue Ebene der Verhaltensweisen und Bestimmungen lediglich ihren alltäglichen Angelegenheiten *hinzufügen*.

Ein guter Indikator für diese progressive Normalisierung des ökologischen Denkens wird die Schaffung spezialisierter Verwaltungsinstanzen sein, vergleichbar mit dem Tiefbauamt oder der Forstverwaltung, und diese neuen Instanzen werden um so effizienter sein, je mehr sie sich in die etablierten Formen der unpolitischen Verwaltungstradition des öffentlichen Sektors einfügen würden (Lascoumes 1994).

Die umgekehrte Lösung besteht darin, die Ökologie zur Grundlage jeglicher Politik und Ökonomie zu machen und zwar auf der Basis des Arguments, dass alles miteinander verbunden ist, dass Mensch und Natur ein und dasselbe sind, und es folglich darauf ankomme, ein *einziges System von Natur und Gesellschaft* zu verwalten, um ein moralisches, wirtschaftliches und ökologisches Desaster zu verhindern. Aber diese Pauschalisierung der Ökologie scheint, auch wenn sie die gemeinsame Basis zahlreicher militanter Aktivitäten und der öffentlichen Wahrnehmung insgesamt konstituiert, die normalen Felder politischen Handelns nicht ersetzen zu können.

So überzeugt die Anhänger der Ökologiebewegung davon auch sein mögen, das Aufgehen von Politik und Gesellschaft in einer allumfassenden „Natur“ scheint lebensfremd zu sein. Es mangelt einer solchen Sichtweise nämlich aus zwei leicht nachvollziehbaren Gründen an politischer Klugheit und Plausibilität.⁶ Erstens übersteigt dieses „Naturganze“, in das Politik und Gesellschaft aufgehen sollten, den Horizont des Normalbürgers. Denn dieses Ganze ist nicht menschlich, wie bereits die Gaia-Hypothese, wonach die Erde in ihrer Gesamtheit als lebender Organismus zu betrachten sei, gezeigt hat (Lovelock 1981). Zweitens wären die einzigen Menschen, die in der Lage sind, diese Zusammenhänge zu definieren und die unendlich komplexe Architektur dieser Totalität deutlich zu machen, *Spezialisten*, deren Kenntnisse und breiter Wissenshorizont sie vom Rest der Menschheit absondern würde (Lafaye & Thévenot 1993). In jedem Fall würden diese Halbgötter der Wissenschaft nicht zum Fußvolk von Bezirksgemeinden, Verwaltungsgremien und kommunalen Organisationen gehören. Würde man die Prämisse akzeptieren, dass Ökologie in allen Zusammenhängen zum Tragen kommt, würde man in zweierlei Hinsicht die Menschlichkeit aus dem Blick verlieren: erstens zum Vorteil einer der Menschheit *überlegenen* Gesamtheit und zweitens zum Vorteil einer technokratischen Geisteselite, die dem gewöhnlichen Menschen *überlegen* wäre.

Folglich integriert sich Ökologie zum einen in das Alltagsleben, ohne zur Plattform einer bestimmten Partei werden zu können und zum anderen wird sie bis zu einem Punkt aufgebläht, an dem sie die Verantwortung für die

Programme aller anderen Parteien übertragen bekommt, und dabei das Steuer an Männer und Frauen übergibt, die sich nicht als Politiker sehen und von einer globalen Einheit sprechen, die nicht länger das eigentliche Feld der Politik als ihren Horizont hat.

Die praktische Erfahrung bestätigt jedoch keine dieser beiden extremen Hypothesen.⁷ Dafür sind aktivistische Handlungen sowohl wesentlich *radikaler* als man annehmen würde, wenn die Hypothese stimmt, dass Ökologie ein Aspekt des Alltagslebens geworden ist (und das hat hier gar nichts mit der Hygiene gemeinsam, die immer das Anliegen einiger weniger Verwaltungsbeamten war), als auch wesentlich *begrenzter* als sie sein sollten, so man die Hypothese von der Verbreitung akzeptierte. Es sind immer *dieses* wirbellose Lebewesen, *dieser* Flussarm, *diese* Müllhalde oder *dieser* Flächennutzungsplan, die zum Gegenstand eines Anliegens, einer Schutzbemühung, Kritik oder Demonstration werden.

In der Praxis ist die politische Ökologie daher wesentlich schlechter integrierbar als sie fürchtet, aber wesentlich marginaler als sie es sein möchte. Um diesem Paradox der zukünftigen Totalität und der aktuellen Marginalität Ausdruck zu verleihen, fehlt es ihr nicht an einfachen Formeln, um sich aus der Affäre zu ziehen: „think globally, act locally“, „integriertes Management“, „neue Allianzen“, „nachhaltige Entwicklung“ und so weiter. Sie argumentiert, dass man sie nicht nach ihren bescheidenen Wahlergebnissen beurteilen möge.⁸ Zwar beginne sie mit Einzelprojekten, aber sie werde allmählich alles in eine allgemeine Bewegung einbeziehen, die schließlich die ganze Welt umfassen werde. Ferner widme sie sich den kleinen Belangen in der Gewissheit, dass sie bald die Verantwortung für all die großen Themen übernehmen werde.

Wenn dies tatsächlich der Fall wäre, wären wir Zeuge eines vielleicht zögerlichen, jedoch letztlich unumkehrbaren Aufstiegs einer politischen Ökologie, die nach und nach alle Aufgaben des politischen Lebens übernimmt. Doch in Wahrheit wird das Szenario, dass Ökologie zu einem Synonym von Politik wird, wohl immer unwahrscheinlicher. [...] Die grünen Parteien könnten in der Versenkung verschwinden wie irgendein anderer Trend. Für eine Partei, die nicht weniger will als die Verantwortung für Mutter Erde zu tragen, bringt diese fortdauernde Marginalität mehr als ein Problem mit sich. Sie fordert dazu auf, die Grundlagen des allumfassenden Anspruchs zu überdenken.

In diesem Aufsatz möchte ich die These aufstellen, dass die politische Ökologie sich selbst im Wege steht mit der Definition, *sowohl Politik als auch Ökologie* zu sein. Als Konsequenz dieser Selbstdefinition scheint sie nicht in der Lage, ihren in den Jahren des Aktivismus erworbenen praktischen Erfahrungsschatz durch eine „Wertigkeitsordnung“ – über die ich im Folgenden noch ausführlicher sprechen werde – zum Ausdruck zu bringen, die politisch wirksam wäre. So wie Gott über die Menschen von Ninive zum Propheten Jona sagt, dass sie „nicht wissen was rechts und links ist ...“ Ohne ein solches Ordnungsprinzip zeigt die politische Ökologie nur geringe Wirkung auf die Wählerschaft und es gelingt ihr auch nicht, trotz aller überzeugend vorgebrachten Argumente, Aussicht auf eine dauerhafte und beständige politische Lebensfähigkeit zu entwickeln.

IST DIE POLITISCHE ÖKOLOGIE EINE ORIGINÄRE RECHTFERTIGUNGSLOGIK?

Mit ihrer wegweisenden Arbeit haben Boltanski und Thévenot uns eine Art Lackmuseur zur Verfügung gestellt, um zu untersuchen, ob die politische Ökologie als eine originäre Form von Politik überleben kann, oder ob sie sich im Gegenteil in verschiedene alltägliche Ordnungen auflösen wird, die sich in den letzten hundert Jahren herausgebildet haben.

Indem sie eingehend untersuchen, wie gewöhnliche Menschen, die über richtig oder falsch streiten, ihre Handlungen *rechtfertigen*, konnten die beiden Autoren *sechs verschiedene* „Rechtfertigungslogiken“ oder „Wertigkeitsordnungen“ bestimmen (im Französischen „Cités“, in der deutschen

Politische Ökologie

Entsprechung auch „Poleis“ genannt).⁹ Das Neuartige an ihrem Ansatz ist der Nachweis, dass jeder dieser Argumentationszusammenhänge in sich geschlossen ist und gleichwohl im völligen Widerspruch zu den jeweils anderen steht. Mit anderen Worten: man kann nachweisen, dass in der heutigen französischen Gesellschaft Menschen, die an einen Streit beteiligt sind, sich sechs verschiedener allumfassender Prinzipien („principe supérieur commun“) bedienen, wobei jedes für sich eine vollständige und kohärente Definition dessen, was das gemeinsame Menschsein bedeuten soll, in Anspruch nimmt („principe de commune humanité“). Jede dieser Logiken ist ein Destillat der langen Geschichte der politischen Philosophie und gehört heute zu den Alltagskompetenzen, über die jedes Mitglied der Gesellschaft ohne weiteres verfügt. Jede von ihnen definiert auf der Grundlage von Erfahrung eine Skala von richtig und falsch („grandeur“ et „petitesse“), die es ermöglicht, Urteile zu fällen und Streitigkeiten beizulegen. Man kann vom Standpunkt jedes der sechs Rechtfertigungszusammenhänge, und darin liegt die Stärke des Modells, die jeweils anderen moralisch *kritisieren*.¹⁰

Es ist nicht nötig, hier alle Details dieser hochinteressanten Theorie zu erörtern. In unserem Kontext ist das Polismodell insofern interessant, als man mit ihm untersuchen kann, ob die politische Ökologie ein *neues* Ordnungsprinzip bzw. eine *neue* Polis begründet, oder ob sie auf die sechs anderen Poleis *reduziert* werden kann, die sich im Laufe der Zeit herausgebildet haben. Ist die politische Ökologie alter Wein in neuen Schläuchen, oder im Gegenteil, neuer Wein in alten Schläuchen?¹¹ Auf den ersten Blick scheint die Antwort klar. Es kann keine „ökologische Rechtfertigungslogik“ geben, da man sehr einfach zeigen kann, wie jede empirische Position „grüner“ Politik ihre Wertigkeitsstruktur einer der bereits etablierten sechs Rechtfertigungslogiken entlehnt – wobei wir uns hier auf die „häusliche“, die „staatsbürgerliche“, die „industrielle“ und die des „Marktes“ beschränken werden.

Die Mehrheit der in die Betrachtung einbezogenen Fragen – im Bezug auf Landschaft, Wasser, Abfall, Naturreservate etc. – können leicht dem Bereich zugeordnet werden, den Boltanski und Thévenot als „häusliche Welt“ bezeichnen, deren Rechtfertigungslogik den Wertigkeitsstatus eines Menschen anhand der Qualität seiner Abstammung und der Solidität seiner Wurzeln bemisst. Und es ist wahr, dass viele praktische Auseinandersetzungen in der Ökologie stets davon handeln, ein bestimmtes Territorium, einen besonderen Bestandteil des nationalen Erbes oder eine spezielle Tradition gegen den desensibilisierten, deterritorialiserten, staatenlosen und monströsen Charakter eines ökonomischen oder technischen Vorhabens zu verteidigen. Wenn man von dieser Rechtfertigungslogik ausgeht, lassen sich die „industrielle“ oder inzwischen auch die „staatsbürgerliche“ Logik vorbehaltlos kritisieren. Dies ist wahrscheinlich der Grund, warum die politische Ökologie anfangs so originär erschien. Sie hat der Wertigkeitsordnung der „häuslichen Welt“ ihre Geltung zurückgegeben, die sich durch zwei Jahrhunderte des republikanischen und revolutionären Geistes auf die reine „Häuslichkeit“, auf den Bereich des häuslichen Lebens also, reduziert hatte. Dank der Ökologie wurde die häusliche Welt wieder zu dem, was sie vor dem Ethos der Revolution gewesen war.

Die merkwürdige Allianz zwischen Konservativen, Denkmal- und Naturschützern lässt sich so leicht erklären. Gegen die „staatsbürgerliche“ und „industrielle“ Wertigkeitsordnungen wurde nach Jahrhunderten der erbarungslosen Denunzierung eine neu belebte Rechtfertigungslogik ins Feld geführt. Indem man gegen den Bau einer Hochgeschwindigkeitstrasse protestiert, einen Garten oder den Brutplatz einer seltenen Vogelart schützt oder ein bis dahin von der Suburbanisierung verschontes Tal bewahrt, kann man endlich reaktionär und modern zugleich sein. Kurz gesagt, der Arm der Ökologie reicht nur so weit, um die Qualität des „häuslichen“ Bereichs teilweise zu rehabilitieren. Die Natur gehört im idyllischen Vallée de Chevreuse vor den Toren von Paris nicht weniger der „häuslichen“ Sphäre an wie beim Stamm der Achuar in Ecuador und Peru.¹² In dieser wiedererlebten „häuslichen Ordnung“ wird ein hoher Wertigkeitsstatus durch Altertümlichkeit, Langlebigkeit und Vertrautheit erreicht, ein niedriger hingegen durch Anonymität und Entwurzelung.¹³

Wenn viele brennende Fragen der politischen Ökologie auf den Bereich der „häuslichen Welt“ reduziert werden können, lassen sich andere Themen noch einfacher der „industriellen Polis“ zuordnen (Barbier 1996). In diesen Bereich gehören alle Auseinandersetzungen über Abfall, Luftverschmutzung und ähnliche Probleme.¹⁴ Auch hier verschwindet das Originäre der Ökologie schnell hinter technischen Einrichtungen und Regularien zur Reduzierung von Abfall und Luftverschmutzung. Einem ersten Aufschrei angesichts der erforderlichen Aufwendungen für die Einrichtung entsprechender Systeme folgt die Ökologie in der „industriellen Ordnung“ meist schnell dem Prinzip „Business as usual“. So sind Haushaltsabfälle heute zum Rohmaterial geworden, das wie jedes andere Rohmaterial gehandhabt wird, indem der Produktionsprozess einfach erweitert wird. Emissionsrechte werden längst wie andere Wirtschaftsgüter gehandelt. Auch daran hat man sich schnell gewöhnt. Die Sauberkeit der Flüsse wird heute nicht anders überwacht als die Gesundheit der Arbeiter. In dieser Logik lohnt es sich nicht, die Ökologie als ein Sonderanliegen zu behandeln; es geht mehr darum, mit ihrer Hilfe neue und profitable Geschäftsfelder zu erschließen: Es gab ein Abfallproblem. Wir haben eine Lösung dafür gefunden. Es gab ein Problem mit der Luftverschmutzung. Wir haben eine Lösung dafür gefunden. Dies alles sind nurmehr Fragen der Kontrolle, Überwachung und Steuerung. Das ist alles. *Abgang* der bärtigen und langhaarigen Umweltschützer: sie haben ihre Rolle gespielt.

Sind nun diejenigen ökologischen Probleme, die auf keine der beiden genannten Ordnungen der „häuslichen“ oder „industriellen Welt“ reduziert werden können, der Beweis dafür, dass die politische Ökologie doch eine gewisse Eigenständigkeit besitzt? Nein, denn sie scheinen – vielleicht etwas weniger direkt – auf eine dritte Rechtfertigungsordnung reduzierbar, nämlich jene der „staatsbürgerlichen Welt“, die auf der Definition eines *volonté générale*, eines „allgemeinen Willens“ beruht. Die Wertigkeit in dieser Rechtfertigungslogik wird durch die Fähigkeit eines Akteurs bestimmt, sich über das Gewirr aus spezifischen und lokalen Interessen zu erheben und nur das Allgemeinwohl vor Augen zu haben. In ihrem Streben nach Globalität begegnet die Ökologie in der Definition des Gemeinwillens einem Gegenspieler, der umso Ehrfurcht gebietender ist als er die Unterstützung aller etablierten politischen Institutionen seit der Mitte des 18. Jahrhunderts genießt.

Auch hier scheinen die Umweltschützer es wieder nicht zu schaffen, ihre Rechtfertigungen langfristig anzulegen und können daher nicht für sich in Anspruch nehmen, mehr als eine Lobby unter vielen zu repräsentieren. Obwohl die eine oder andere grüne Partei im Namen des Gemeinwohls argumentieren mag, ist es immer der *gewählte* Bürgermeister, der den Flächennutzungsplan unterzeichnet und nicht die Initiative, die, häufig aus kleinteiligen Partikularinteressen, irgendeine Gartenecke, einen Vogel, eine Schnecke oder Ähnliches verteidigt (Barbier 1992); es ist die Kommunalverwaltung, die eine luftverschmutzende Fabrik schließt und nicht der Hersteller, der im Namen der Effizienz Arbeitnehmer ausbeutet; es ist die Wasserbehörde, die die Gewässer für alle Einwohner schützt und nicht der Angelklub, der sein eigenes Süppchen kocht. Heimische Traditionen zu rehabilitieren und den Effizienzgedanken auf natürliche Kreisläufe zu erweitern ist eine Sache; dem Allgemeinwillen auf solchen Feldern entgegenzutreten ist eine andere, eine außerordentlich heikle dazu.¹⁵

Die neue Kompromisslösung, die es der „staatsbürgerlichen Welt“ ermöglicht, die meisten ökologischen Angelegenheiten in ihre Ordnung aufzunehmen, ohne sich deshalb grundsätzlich ändern zu müssen, besteht in der *Ausweitung* der Wählerschaft, die an der Äußerung des Gemeinwillens teilnimmt, um die zukünftigen Generationen.¹⁶ Diese haben in der Tat keine Stimme, aber dies gilt nicht weniger für Minderjährige, die bereits geboren sind, ebenso wie für die Vorfahren, die bereits verstorben sind, Nichtwähler, die „mit ihren Füßen wählen“, oder Kranke, die durch Vor-munde vertreten werden. Um den Preis einer leichten Erhöhung des Wählerspektrums kann die „staatsbürgerliche Polis“ die meisten anstehenden Fragen absorbieren. Und um den Preis eines heiklen Kompromisses mit der „häuslichen Polis“ kann sie sogar diese „Gemeinschaft der Lebenden und

der Toten“ rekonstruieren, wodurch sie in die Lage versetzt wird, sich sowohl rechts als auch links zu positionieren; indem sie ihre Netze weit auswirft, kann sie die grüne Stimme noch weiter schwächen.

Auf der Grundlage der verschiedenen Reduktionen gäbe es demnach keine „ökologische Rechtfertigungslogik“, da die Fragen, die sie aufwirft, alle in der „häuslichen“, „industriellen“ oder „staatsbürgerlichen“ Ordnung ihre Antworten finden. Was dann noch übrig bleibt, kann leicht der „Rechtfertigungslogik des Marktes“ zugeordnet werden, wie man anhand der schamlosen Entwicklung zahlreicher „grüner Produkte“, „grüner Labels“ und „natürlicher Produkte“ sehen kann.¹⁷

Wenn wir dieser Argumentation folgen, lässt sich behaupten, dass es sich bei der Ökologie notwendigerweise um eine vergängliche Moderscheinung handelt. Ferner können wir feststellen, dass die politische Philosophie der Ökologie keinen eigenständigen Kern besitzt und deshalb nicht von Dauer sein wird. Zwar hat die Zivilgesellschaft eine Weile gebraucht, bis sie in all den plötzlich ausgebrochenen Diskussionen über Wasserläufe, Landschaften, Lärm, Abfalltonnen, die Ozonschicht und ungeborene Kinder ihre uralten Anliegen wiedererkannte. Viele haben eine Zeit lang an das Originäre dieser neuen gesellschaftlichen Bewegung geglaubt, bevor man erkannte, dass sie im Kern keine wirkliche Bedrohung darstellte.¹⁸ Schließlich bleiben wir, auch wenn wir auf die Natur mehr Rücksicht nehmen, immer noch Menschen. Während die alten Rechtfertigungslogiken also wieder an Bedeutung gewinnen, wird das Originäre der Ökologie-Bewegung allmählich untergraben.

Das Scheitern der Umweltschutzparteien ist jedoch auch noch aus einem anderen Grund unvermeidlich. Außerhalb der „staatsbürgerlichen Rechtfertigungslogik“ hat eine Partei keine Chance, sich innerhalb des klassischen Rechts-Links-Spektrums zu positionieren. Wer jedoch versucht, einen übergeordneten Gemeinwillen zu definieren, muss zugleich die klassischen Rahmenbedingungen der politischen Debatte akzeptieren und steuert dabei unvermeidlich auf die Niederlage zu, wenn er den gewöhnlichen Wortführern und Wählern nichts Anderes gegenüberstellen kann als sprachlose Entitäten (Vögel, Pflanzen, Ökosysteme, Wassereinzugsgebiete oder Biotope) oder Fachleute (Wissenschaftler, Fanatiker, Spezialisten, Aktivisten), die in deren Namen aber in eigener Verantwortung sprechen. Ohne eine neue Form von Fürsprechern haben natürliche Entitäten keine Stimme oder sind lediglich durch ein Expertenwissen vertreten, das der Allgemeinheit nicht vermittelbar ist.¹⁹ Indem sie eine Partei wurde, stürmte die politische Ökologie voran. Indem sie sich dem bestehenden Parteienschema verweigerte, riskierte sie es, zum verlängerten Arm der ihr nahestehenden „häuslichen“ Bewegungen zu werden oder sonst zu einem Spezialbereich der „industriellen“ oder „marktwirtschaftlichen“ Produktion.

SOLLEN WIR DAS „PRINZIP DES GEMEINSAMEN MENSCHSEINS“ AUFGEBEN?

Um diesem schrecklichen Schicksal zu entkommen, gibt es scheinbar nur eine Lösung: Boltanskis und Thévenots Modell hinter sich zu lassen, und mit ihm ihr „Prinzip des gemeinsamen Menschseins“ („principe de commune humanité“). Alle sechs Rechtfertigungslogiken, die aus unterschiedlichen Traditionen der politischen Philosophie hervorgegangen sind, erkennen die Menschlichkeit als Maßstab an. Sie sind verschiedener Meinung, was den Stellenwert des Menschlichen und was den Beurteilungsmaßstab betrifft, nach dem ein niedriger oder hoher Wertigkeitsstatus in jedem der sechs Polisformen festgestellt wird, aber man ist sich darüber einig, dass das „Menschliche das Maß aller Dinge ist“. Daher sind diese sechs Rechtfertigungsordnungen, gleichgültig wie sehr sie zueinander im Widerspruch stehen, alle absolut unvereinbar mit den rassistischen, eugenischen oder sozialdarwinistischen reaktionären Bewegungen, die sich in den letzten hundert Jahren herausgebildet haben. Wie kann man sich von der Vorstellung

des gemeinsamen Menschseins verabschieden, ohne sich unmittelbar der Gefahr der „Biopolitik“ auszusetzen? Die Standardantwort lautet, dass es in der Ökologie nicht länger um den Menschen geht – auch wenn zukünftige Generationen mit eingeschlossen sind –, sondern um die Natur, eine *höhere* Einheit, in der sich der Menschen in der Gemeinschaft weiterer Bestandteile befindet, die anderen Ökosystemen zugehörig sind.

Wir haben bereits die politische Inkohärenz dieser Lösung gesehen. Wie lässt sich praktische Politik mit einer absoluten Einheit – der Natur – verbinden, die sich nur mit Hilfe einer Wissenschaft von komplexen Systemen erschließt? Im besten Falle würden wir uns in einer Art Super-Saint-Simonismus wiederfinden, einer Herrschaft von Experten, Ingenieuren und Wissenschaftlern, die den Unterschied zwischen der „staatsbürgerlichen“ und der „industriellen Polis“ mittels einer kontrollierten Steuerung natürlicher Kreisläufe aufheben würde. Im schlimmsten Falle würden wir uns einem Organismus ausgesetzt sehen, der den Unterschied zwischen der „häuslichen Polis“ und allen anderen Polisformen abschaffen würde und der dazu bereit wäre, „den bloßen Menschen“ zu opfern, um das einzig wahrhaftige und würdige Objekt zu bewahren: Mutter Erde. Lasst die Menschheit also zugrunde gehen, solange Elefanten, Löwen, Schnecken, Farne und tropische Regenwälder ihr „Gleichgewicht“ vergangener Zeiten wiederfinden, d. h. das permanente Ungleichgewicht einer rücksichtslosen natürlichen Selektion.²⁰

Es ist schwierig, so möchte man annehmen, sich einer Wählerschaft mit einem Programm zu präsentieren, dass diese mit der Möglichkeit ihres Untergangs zugunsten einer „Konferenz der Tiere“ konfrontiert, die ja weder wählen noch Steuern zahlen! Es ist sicherlich vorstellbar, wenn man im Zuge dessen das System der Wahlen komplett über Bord werfen würde, aber dies geschähe im Namen eines Fundamentalismus, der nicht weniger wäre als der endgültige Abschied von der Demokratie. Und zu wessen Vorteil? Anführern, die ihre Inspiration unmittelbar aus der Natur beziehen? Oder vorrückten Wissenschaftlern, die sich in der Komplexitätsforschung auskennen? Angesichts einer solchen Alternative ist die Reaktion des Normalbürgers nachvollziehbar: „Ich möchte lieber ein kürzeres Leben unter demokratischen Verhältnissen verbringen als mein Leben – und das meiner Nachkommen – heute zu opfern, um eine sprachlose Natur zu retten, die von solchen Leuten repräsentiert wird.“ Hier wird die Schwierigkeit der Feststellung einer „siebten Rechtfertigungslogik“ deutlich, die nunmehr jener verlorenen Bundeslade gleicht, die Spielbergs „Jäger des verlorenen Schatzes“ zu finden hofften.

Entweder man akzeptiert das Prinzip des gemeinsamen Menschseins mit der Konsequenz, dass die politische Ökologie nichts Originäres mehr hat, da sie sich mit mehr oder weniger großen Schwierigkeiten auf die drei (oder sechs) anderen Rechtfertigungslogiken reduzieren lässt. Oder man verlässt den Rahmen der grundlegendsten Sittlichkeit und gesündesten Demokratie, indem man im Interesse des Nichtmenschlichen und Menschlichen gleichermaßen an der originären Idee der politischen Ökologie festhält. Angesichts eines solchen intellektuellen Dilemmas versteht man, warum die Umweltschutzparteien erhebliche Schwierigkeiten haben, sich selbst, ihren Mitgliedern und ihren Wählern die Bedeutung ihres Kampfes zu vermitteln.

WAS WÄRE, WENN DIE ÖKOLOGIE SICH GAR NICHT MIT DER NATUR BESCHÄFTIGT?

Vielleicht befinden wir uns auf einem Irrweg und haben das Modell, das wir bislang als Leitbild annahmen, lediglich missverstanden. Und vielleicht haben wir das, was die politische Ökologie über *sich selbst sagt*, zu wörtlich genommen und dabei nicht auf ihre eigentliche Praxis geachtet, die von den Erklärungen über sich selbst nämlich erfreulicherweise erheblich abweicht. Es scheint tatsächlich, dass die Originalität der politischen Ökologie wesentlich subtiler ist als wir bislang annahmen.

Politische Ökologie

Die Diskrepanz, die sich zwischen der Praxis und der Selbstdarstellung auftut, möchte ich anhand von zwei vergleichenden Aufzählungen veranschaulichen: die erste führt auf, was die politische Ökologie zu tun vorgibt ohne dem jedoch gerecht zu werden; und die zweite legt die Vorteile dar, die sich eröffnen, wenn sie nicht den Idealen folgt, die sie so ostentativ vor sich her trägt.

WAS DIE ÖKOLOGIEBEWEGUNG ZU TUN VORGIBT, WAS IHR JEDOCH NICHT GELINGT

- Die Ökologiebewegung behauptet, von der *Natur* zu sprechen, aber sie spricht von zahllosen Wirrnissen, an denen immer irgendwie der Mensch beteiligt ist.
- Sie erhebt den Anspruch, die Natur zu bewahren und vor dem Menschen zu schützen, aber in allen empirischen Fällen, die wir analysiert haben, mündete dies in ein stärkeres Eingreifen des Menschen, der mit einem wissenschaftlichen Instrumentarium, das immer größere Übergriffe erlaubt, der Natur auf bedrohliche und subtile Weise immer näher rückt und sich immer häufiger einmischt. (Chase 1987; Western and Pearl 1989; Western et al. 1994)
- Sie behauptet, die Natur um ihrer selbst willen zu verteidigen – und nicht als Ersatz für menschlichen Egoismus – aber jede ihrer Missionen wird von Männern und Frauen ausgeführt und rechtfertigt sich durch das Wohlergehen, das Vergnügen oder das gute Gewissen einer kleinen Zahl von Menschen, die sorgfältig ausgewählt wurden.
- Sie behauptet, in Systemen zu denken, die den Gesetzen der Wissenschaft bekannt sind, aber jedes Mal, wenn sie im Auftrag einer höheren Sache zu agieren behauptet, gerät sie in eine wissenschaftliche Kontroverse, in der die Experten außer Stande sind, sich zu einigen.²¹
- Sie behauptet, dass sie ihre wissenschaftlichen Modelle aus Hierarchien bezieht, die von kybernetischen Kontrollsystemen geregelt werden, aber sie präsentiert immer überraschende heterarchische Zusammenstellungen, deren Reaktionszeiten und Maßstäbe immer jene aus dem Gleichgewicht bringen, die glauben, von der Fragilität oder Solidität, den gewaltigen Ausmaßen oder der Kleinheit der Natur zu sprechen.
- Sie behauptet, vom Ganzen zu sprechen, aber es gelingt ihr nur, die öffentliche Meinung zu erschüttern und das Kräfteverhältnis zu verändern, indem sie sich auf Orte, Biotope, Situationen und bestimmte Ereignisse bezieht – zwei im Eis eingeschlossene Wale, hundert Elefanten im Amboseli Nationalpark (Cussins 2004) oder dreißig Platanen auf dem Place du Tertre in Paris.
- Sie behauptet, immer mehr Einfluss zu gewinnen und das politische Leben der Zukunft zu verkörpern, aber sie besetzt mit ihren minimalen Anteilen in Wahlkampfzeiten immer nur die Schleudersitze. Sogar in den Ländern, wo sie etwas mächtiger ist, wie in Deutschland, steht sie immer nur in der zweiten Reihe.

Man könnte angesichts dieser ernüchternden Bestandsaufnahme verzweifeln. Man kann jedoch auch all jene Vorteile als Anregung aufgreifen, die sich ergeben würden, wenn die politische Ökologie sich vom Irrtum ihrer Illusionen befreien könnte, denn ihre Praxis wiegt so unendlich viel mehr als ihre utopischen Ideale einer natürlichen übergreifenden Ordnung, die von Wissenschaftlern zum ausschließlichen Wohle von Mutter Erde gesteuert wird, die sich jeden Moment in eine grausame oder unnatürliche Mutter verwandeln kann. Wenden wir uns jedoch der Aufzählung der falschen Annahmen zu und betrachten die „Fehler“ ihrer Praxis als positive *Vorteile*. Die verschlüsselte Botschaft, die die Entdeckung des verlorenen Schatzes ermöglicht, wird unmittelbar durch eine neue Bedeutung erhellt.

WAS DER ÖKOLOGIE (ERFREULICHERWEISE) GUT GELINGT

- Die politische Ökologie spricht nicht von der Natur und hat das auch nie versucht. Sie beschäftigt sich mit komplizierten Verbindungsformen zwischen Wesen: Vorschriften, Apparaten, Verbrauchern, Institutionen, Gewohnheiten, Kälbern, Kühen, Schweinen, Bruten, die in eine unmenschliche und ahistorische Natur einzubeziehen völlig überflüssig ist. Die Natur steht in der Ökologie nicht zur Debatte; im Gegenteil: die Ökologie löst Grenzziehungen auf und verteilt die Akteure neu, daher ähnelt sie der vormodernen Anthropologie viel mehr als sie selbst annimmt.²²
- Die politische Ökologie versucht nicht und hat nie versucht die Natur zu schützen. Sie will sich im Gegenteil auf eine noch vollständigere, noch komplexere Art einer noch größeren Vielfalt von Entitäten und Schicksalen annehmen. Wenn die Moderne für sich beanspruchte, die Welt zu beherrschen, so behauptet die Ökologie von sich, diese Herrschaft um ein Mehrfaches zu potenzieren.²³
- Die politische Ökologie hat nie behauptet, der Natur zu ihrem eigenen Besten zu dienen, denn sie ist absolut nicht in der Lage, das Gemeinwohl einer enthumanisierten Natur zu definieren. Sie tut viel mehr, als die Natur zu verteidigen (entweder für sich selbst oder für die zukünftigen Menschen). Sie *setzt unsere Gewissheiten* in Bezug auf das souveräne Gemeinwohl der Menschen und der nicht-menschlichen Wesen, der Zwecke und der Mittel *außer Kraft*.
- Die politische Ökologie weiß nicht, was ein öko-politisches System ist und beruht nicht auf den Erkenntnissen einer komplexen Wissenschaft, deren Modelle und Methoden sich im Übrigen völlig einer schwach denkenden und forschenden Menschheit entziehen würden. Das ist ihr großer Vorzug. *Sie weiß nicht, was ein System ausmacht und was nicht*. Sie weiß nicht, was zusammenhängt und was nicht. Die wissenschaftlichen Kontroversen, in die sie verwickelt ist, sind genau das, was sie von allen anderen wissenschaftlich-politischen Bewegungen der Vergangenheit unterscheidet. Nur sie kann von einer anderen Politik der Wissenschaft profitieren.
- Weder Kybernetik noch Hierarchie ermöglichen das Verständnis der aus dem Gleichgewicht geratenen, chaotischen, darwinistischen, manchmal globalen, schnellen und dann wieder langsamen Akteure, die sie durch eine Vielzahl von originellen Versuchsanordnungen ins Spiel bringt, deren vermischte Gesamtheit genau *keine* – und dies ist der entscheidende Punkt – exakte und definitive Wissenschaft bildet.
- Die politische Ökologie ist außer Stande, alle ihre präzisen und speziellen Aktionen in eine umfassende und hierarchisierte Einheit zu integrieren und hat dies auch nie versucht. Diese Ignoranz in Bezug auf die Gesamtheit ist genau das, was sie rettet, denn sie kann nie in einer einzigen Hierarchie die kleinen Menschen und die großen Ozonschichten, die kleinen Elefanten und die mittelgroßen Straußenvögel unterbringen. Das Kleinste kann zum Größten werden. „Der Stein, den die Bauleute verworfen haben, der ist zum Eckstein geworden“ (Matthäus 21, 42).
- Die politische Ökologie ist glücklicherweise bislang marginal geblieben, denn sie hat bis heute weder ihre politische noch ihre ökologische Bedeutung erfasst. Sie glaubt, von der Natur zu sprechen, vom System, von einer hierarchisierten Totalität, von einer Welt ohne Menschen, von einer gesicherten Wissenschaft, und eben durch diese allzu geordneten Aussagen wird sie marginalisiert, während die zögerlichen Äußerungen ihrer Praxis ihr vielleicht erlauben würden, endlich zu politischer Reife zu gelangen, wenn sie nur deren Sinn erfassen könnte.

Mit einem Vergleich beider Aufzählungen eröffnet sich uns der Weg für eine neue Lösung. Wenn wir die mehr als einleuchtenden Erklärungen beiseite lassen, die die Ökologie über sich selbst verbreitet, und uns ausschließlich auf ihre verwickelte praktische Anwendung konzentrieren, wird sie zu einer

völlig anderen Bewegung und erhält ein gänzlich anderes Schicksal. *Die politische Ökologie erwähnt die Natur nicht*, sie kennt das System nicht, stattdessen vertieft sie sich in Kontroversen, sie taucht in sozio-technologische Verwirrungen ein, sie übernimmt die Kontrolle über mehr und mehr Einheiten mit zunehmend unterschiedlichen Schicksalen und sie weiß mit immer weniger Gewissheit zu sagen, was sie alle gemeinsam haben.

WAS IST DAS GEMEINSAME IM BEGRIFF DES „GEMEINSAMEN MENSCHSEINS“?

Bevor wir nun laut ausrufen „Das ist paradox!“, sollten wir einen Versuch wagen, diesen neuen Weg zu erkunden. Botschaften, selbst wenn sie entschlüsselt sind, können eine doppelte Bedeutung haben. Wenn wir uns wieder dem Ordnungsmodell von Boltanski und Thévenot zuwenden, können wir sehen, dass, wenn wir eine geringfügige, jedoch fundamentale Umdeutung ihrer zentralen Grundannahme versuchen, die „siebte Rechtfertigungslogik“, die unserer Aufmerksamkeit so lange entgangen ist, nun plötzlich wie von Zauberhand vor uns auftaucht.

Was tatsächlich ist das „gemeinsame“ Menschsein? Boltanski und Thévenot gaben sich mit der gängigen Lesart zufrieden, die von den kanonischen Kommentatoren der politischen Philosophie, die sie berücksichtigt haben, angeboten wird. Sie nehmen die Sonderstellung des Menschen als selbstverständlich an, wie sie die humanistische Tradition überliefert hat – den Menschen, dessen größtes Risiko es wäre, mit einer a-humanen Natur verwechselt zu werden.²⁴ *Aber nicht-menschlich ist nicht unmenschlich*. Wenn die Ökologie sich die Natur zum Ziel nimmt und nicht den Menschen, folgt daraus, dass es keine „ökologische Wertigkeitsordnung“ geben kann. Wenn es jedoch das Ziel der Ökologie ist, sich mit der Frage des Menschlichen zu befassen, folgt im Umkehrschluss daraus, dass es eine „siebte Polisform“ gibt.²⁵ Die Bedeutung des Adjektivs „gemeinsam“ im Begriff des „gemeinsamen Menschseins“ verändert sich völlig, wenn die nicht-menschlichen Wesen nicht mit der „Natur“ gleichgesetzt werden.²⁶

Die durch die „siebte Polis“ aufgeworfene Frage lautet: was wäre der Mensch ohne Elefanten, Pflanzen, Löwen, Getreide, Ozeane, Ozon oder Plankton? Ein einsamer Mensch, und zwar viel einsamer als Robinson Crusoe auf seiner Insel. Er wäre weniger als ein Mensch. Sicherlich kein Mensch. Die „ökologische Rechtfertigungslogik“ gibt ganz und gar nicht vor, dass wir unser Zugehörigkeitsgefühl von der menschlichen Sphäre auf die Natur übertragen sollen. Das ist der Grund, warum die Suche so lange gedauert hat, denn diese Forderung schien zu absurd. Die „ökologische Rechtfertigungslogik“ stellt lediglich fest, dass *wir nicht wissen*, was das „gemeinsame Menschsein“ von Menschen ausmacht und dass, ja, vielleicht, der Mensch ohne die Elefanten aus dem Amboseli-Park, ohne den mäandrierenden Flussverlauf der Drôme, ohne die Bären in den Pyrenäen, ohne die Tauben in Lot-et-Garonne oder den Wasserspiegel in der Region Beauce nicht Mensch wäre.

Warum wissen wir es nicht? Aufgrund der *Ungewissheit bezüglich des Verhältnisses von Mittel und Zweck*. So gesehen genügt es vielleicht, um die Bedeutung der Ökologie zu erfassen, Kants Definition der menschlichen Sittlichkeit in Erinnerung zu rufen, eine Definition, die so bekannt ist, dass man nicht bemerkt, wie wunderbar sie zu nicht-menschlichen Wesen passt. Wenden wir uns also dieser anerkanntesten aller Definitionen zu:

„In der ganzen Schöpfung kann alles, was man will und worüber man etwas vermag, auch bloß als Mittel gebraucht werden; nur der Mensch, und mit ihm jedes vernünftiges Geschöpf, ist Zweck an sich selbst. Er ist nämlich das Subjekt des moralischen Gesetzes, welches heilig ist, vermöge der Autonomie seiner Freiheit. Eben um dieser willen ist jeder Wille, selbst jeder Person ihr eigener, auf sie selbst gerichteter Wille, auf die Bedingung der Einstimmung mit der Autonomie des vernünftigen Wesens eingeschränkt, es nämlich keiner Absicht zu unterwerfen, die nicht nach einem Gesetze, welches aus dem Willen

des leidenden Subjekts selbst entspringen könnte, möglich ist; also dieses niemals bloß als Mittel, sondern zugleich selbst als Zweck zu gebrauchen.“ (Kant 1974)²⁷

Der Stil ist furchtbar, aber der Gedanke klar. In dieser moralphilosophischen Definition müsste *nur* der erste Satz verändert werden, in dem von einer Schöpfung ausgegangen wird, die ihren Endzweck in der Genialität des Menschen findet. Nehmen wir einmal verallgemeinernd an, dass alle Wesen der Schöpfung nach dem Reich des Endzwecks streben. Was erhalten wir dann? Eine exakte Definition der praktischen Zusammenhänge, die von den Umweltschützern für jene geschaffen wurde, die sie verteidigen: Flüsse, Tiere, Biotope, Wälder, Parks und Insekten. Sie sagen ganz und gar nicht, dass wir sie nicht nutzen, kontrollieren, betreuen, dominieren, ordnen, verteilen oder erkunden sollen, aber dass wir, da wir Menschen sind, sie *niemals nur als einfache Mittel betrachten, sondern immer auch als Endzweck*. Was in Kants Definition nicht funktioniert ist die wahrhaft ungläubliche Vorstellung, dass einfache Mittel existieren können und dass das Prinzip der Autonomie und Freiheit dem *isolierten Menschen*, das heißt dem Inhumanen, *vorbehalten ist*. Was auf der anderen Seite in den Theorien der Ökologie nicht funktioniert, ist der widersinnige Glaube an die Existenz einer Natur *außerhalb des Menschen*, die durch dessen Vorherrschaft und Mangel an Respekt bedroht ist.²⁸

Alles wird klar, wenn man diesen bemerkenswerten Satz von Kant auf Elefanten, Biotope und Flüsse anwendet: „[sie] nämlich keiner Absicht zu unterwerfen, die nicht nach einem Gesetze, welches aus dem Willen des leidenden Subjekts selbst entspringen könnte [sagen wir, der Akteur selbst], möglich ist; also dieses [den Akteur] niemals bloß als Mittel, sondern zugleich selbst als Zweck zu gebrauchen.“ Es ist diese Verbindung der Akteure, die *sich gegenseitig niemals nur als bloße Mittel gebrauchen sollen*, die die Ungewissheit erklärt, in die uns die „siebte Polis“ gestürzt hat. Keine Entität ist bloß Mittel. Es gibt immer auch einen Zweck. Mit anderen Worten, es gibt nur Vermittler.

Kehren wir aus den Höhen der Moralphilosophie zurück und hören, was die Akteure zu sagen haben, die mit dem Schutz, zum Beispiel, eines Flusses befasst sind: „Früher bahnte sich das Wasser seinen eigenen Weg“, sagt ein gewählter Vertreter, „es war Teil unserer Umgebung, es war Teil der Umwelt“. Diese paradoxe Aussage liefert einen klaren Hinweis über den Status von Wasser, das, im Gegensatz zum ökologischen Mythos, von außerhalb in die soziale Welt eindringt. Wo es einmal bloßes Mittel war, Teil der Umgebung, ist es nunmehr zum Gegenstand eines politischen Anliegens geworden. *Um in das Reich der Ökologie eintreten zu können, muss es die Umwelt verlassen*. Aber das Paradox wird von den Umweltschützern selbst aufgelöst: „Wir verteidigen die Erfüllung des Flusses, den Fluss außerhalb jedes menschlichen Kontextes, den Fluss-qua-Fluss“, erklärt ein Aktivist und scheint damit die Empörung der Moralisten zu rechtfertigen und die Mythenlogien dieser sozialen Bewegung wörtlich zu nehmen. Aber dann fügt er sofort hinzu: „Wenn ich vom Fluss außerhalb seines menschlichen Kontextes spreche, dann meine ich den aggressiven menschlichen Kontext, der den Fluss lediglich als Mittel betrachtet.“ An dieser Stelle wendet er Kants Formulierung buchstabengetreu an. Er verteidigt den Fluss nicht um seiner selbst willen, vielmehr möchte er nicht, dass der Fluss lediglich als bloßes Mittel behandelt wird.²⁹

Wenn man diese Sichtweise einnimmt, versteht man, dass die zweideutigen Phrasen, die man zuvor so leicht auf die „Rechtfertigungslogik der Industrielwelt“ hätte reduzieren können – denn diese Rechtfertigungsordnung zieht Natur nicht alleine um ihrer selbst willen in Betracht, sondern auch zum Wohle des Menschen –, tatsächlich eine siebte Polisform erkunden, wobei sie das (leicht veränderte) Kantsche Gesetz anwenden. Wie ein Ingenieur des Wasseramtes erklärte:

„Man muss sehr bescheiden sein, wenn man es mit einem Fluss zu tun hat. Man bezahlt für eine Maßnahme, deren Vollendung einen die nächsten dreißig Jahre in Anspruch nimmt. Im Rahmen einer Maßnahme zur Erhöhung

Politische Ökologie

der Produktivität, muss man das Flussbett trockenlegen, begradigen, säubern und austarieren – das war die Parole. Wir wussten nicht, dass Flüsse sich dafür in Form von regressiver Erosion, die wir mit pseudo-natürlichen Schwellen korrigierten, rächen. Es ist ein langsamer Prozess; es gibt immer noch Landwirtschaftsämer, die einen Fluss nach der Flurbereinigung als Abflussgraben auf der Karte eintragen! Glücklicherweise wird von Anglern und Naturschützern sehr viel Druck ausgeübt. Es gibt einen deutlichen Generationskonflikt; alle reden über die natürliche Umwelt, aber auf der gleichen Etage kann ein Typ sitzen, der alles begradigen will und mit aller Macht Flurbereinigung betreibt, während ein anderer dem Fluss seinen mäandrierenden Verlauf und seine Verzweigungen zurückgibt.“

Eine solche Analyse bestätigt weder eine Vorstellung von Natur, die um ihrer selbst willen geschützt wird, indem man menschliche Interessen opfert, noch die vom freien Menschen, der die Natur dominiert, um lediglich seine eigene Freiheit zu befördern. Im Rahmen der „ökologischen Rechtfertigungslogik“ wird ein begradigter Fluss als etwas Schlechtes und nicht Wünschenswertes betrachtet, nicht etwa, weil diese nutzlose Maßnahme als zu teuer angesehen wird – da sie dreißig Jahre zur Fertigstellung braucht und dann schnell der Erosion anheimfällt –, sondern weil der Fluss als bloßes Mittel behandelt wurde, anstatt ihn ihm auch einen Endzweck zu sehen. Indem man das „Gesetz, welches *aus dem Willen des leidenden Subjekts* selbst entspringen könnte“, gemäß der Formulierung von Kant, unterstützt, dürfen Flüsse wieder mäandrieren, ihr Netz aus Bächen und Rinn-sälen und ihre Überschwemmungsgebiete behalten.³⁰ Damit lassen wir die Vermittler teilweise in Ruhe, ihrem eigenen, ihnen immanenten Endzweck nachzugehen.³¹

EINE ALTERNATIVE ZUR MODERNISIERUNG

Die Aufhebung der Gewissheit im Hinblick auf Mittel und Zweck definiert eine andere Größenordnung in dem ökologischen Rechtfertigungszusammenhang, der diesmal nicht auf andere Logiken der politischen Philosophie reduziert werden kann. Dennoch gibt es wie bei allen anderen Polisformen eine Wertigkeitsskala, die durch Erfahrung sehr präzise zwischen niedrig hoch unterscheiden kann. In der „Grünen Polis“ wird *dem zweifelsfreien Wissen*, dass etwas eine Verbindung mit etwas Anderem hat, oder im Gegenteil diese nicht hat – ein absolutes und unumkehrbares Wissen, wie nur ein Experte es haben kann –, eine niedrige Wertigkeit zugesprochen. Jemand hat einen hohen Wertigkeitsstatus in der „Grünen Polis“, wenn er die Frage der Solidarität zwischen Mittel und Zweck offen lässt. Steht alles wechselseitig in Beziehung? Nicht unbedingt. Wir wissen nicht, was miteinander verbunden und verwoben ist. Wir tasten uns voran, wir experimentieren, probieren Dinge aus. Niemand weiß, wozu eine Umwelt in der Lage ist.³²

Einer der Vorteile dieser Definition von Wertigkeiten innerhalb der „grünen Rechtfertigungsordnung“ ist, dass sie ein Hindernis aus dem Weg räumt, das die Suche nach dem verlorenen Schatz unnötig verlangsamt hat. Trotz ihres Anspruchs hat die fundamentalistische Ökologie, auch „Tiefenökologie“ genannt, in der „siebten Rechtfertigungsordnung“ den Status der Wertlosigkeit. Je sicherer eine Ökologie ist, dass alles miteinander verbunden ist und Menschen Mittel sind, Gaia als ultimativem Zweck zu erreichen, desto wertloser wird sie. Je lauter, militanter und überzeugter sie ist, desto ungläubwürdiger wird sie. Umgekehrt besitzt jene Haltung die höchste Wertigkeit in der „siebten Rechtfertigungslogik“, die der Art der Zusammenhänge, ihrer Solidität und ihrer Verteilung eine tief verwurzelte Ungewissheit entgegenbringt, da sie nur Vermittler in Betracht zieht, wobei jeder nach seinen eigenen Gesetzen behandelt werden muss.

Es lässt sich nachvollziehen, wie ein solches Ergebnis diese Rechtfertigungslogik schon lange hinter einer undurchdringlichen Tarnung verhüllt hat. Die politische Ökologie kann nur dann erfolgreich sein, wenn jene, die sie auf diese Weise terrorisiert haben, auf ihren rechten Platz verwiesen werden.

Die fundamentalistische Ökologie hat für die politische Ökologie lange Zeit die gleiche Rolle gespielt wie die Kommunistische Partei für den Sozialismus: die so gut begründete Überbietung der Forderungen hat die Gegner/Anhänger schließlich in einen Lähmungszustand versetzt und daran glauben lassen, dass sie zu weich, zu kompromissbereit, zu sehr „sozialer Verräter“ sei. Doch es gibt keine Überbietung, keine Abstufung der Virulenz im Hinblick auf die politische Courage oder die Radikalität der verschiedenen Bewegungen, da die Tiefenökologie schlichtweg *keinen* Platz in der ökologischen Ordnung hat – so wie es auch umgekehrt keinen Platz für die ruhige Gewissheit der Modernisten gibt, die bislang nur Dinge in die äußere Natur entlassen haben, die keinen anderen Zweck, kein anderes Risiko hatten als jene, über die sie schon alles zu wissen glaubten.³³

Es mag überraschen, dass es für eine Definition der „ökologische Rechtfertigungslogik“ notwendig ist, sich auf die Praxis der Umweltschutzbewegungen zu berufen und diese den theoretischen Rechtfertigungen ihrer Anhänger gegenüberzustellen. Der Grund für diese Schwäche scheint mir jedoch auf der Hand zu liegen. Um die „Polis der Ökologie“ zu rechtfertigen, ist es notwendig, über Wissenschaft und Politik in einer Weise zu sprechen, die deren Gewissheiten in zweifacher Hinsicht außer Kraft setzt: zum einen in Bezug auf die Subjekte und zum anderen in Bezug auf die Objekte. Alle anderen Wertigkeitsordnungen sind eindeutig der Welt der politischen Philosophie zuzuordnen. Sie sind alle anthropozentrisch. Nur die „siebte Rechtfertigungslogik“ zwingt uns, über Wissenschaft zu sprechen und menschliche Wesen mit dem zu konfrontieren, was sie zu Menschen macht. Aber da die begeisterten Verehrer der Wissenschaften es hassen, sich zu rechtfertigen – denn es könnte sie zwingen, ihre Epistemologie über Bord zu werfen –, und die Anhänger der politischen Wissenschaften sich beschweren, dass sie viel zu viel über Wissenschaft wissen und ein viel zu starkes Interesse an nichtmenschlichen Wesen haben müssen, um diese Debatten wiedergeben zu können, die über den gewöhnlichen Rahmen des öffentlichen Lebens hinausgehen, findet man keine Autoren, die sich für beide Seiten interessieren.³⁴ Um die „grüne Polis“ zu entwirren, muss man sich zugleich mit Wissenschaft und Politik befassen und darf der Epistemologie wie auch der politischen Philosophie keinen Glauben schenken. Daher wartet die „ökologische Rechtfertigungslogik“ immer noch auf ihren Rousseau, ihren Bossuet, ihren Augustinus oder Hobbes.

In der neuen Rechtfertigungsordnung ist alles sehr kompliziert und jede Entscheidung erfordert Vorsicht und Bedachtsamkeit. Man kann das Ziel nicht schnell und ohne Umwege ansteuern. Sorgfalt und Bescheidenheit sind unabdingbar. Wir wissen mittlerweile zum Beispiel, dass falls alle Gegebenheiten entlang eines Flussverlaufs berücksichtigt werden müssen, wir daher mit einem hierarchisierten System keinen Erfolg haben werden, das auf dem Papier den Eindruck erweckt, eine großartige Wissenschaft zu sein mit großartigen Rückkopplungsschleifen, aber das kein neues politisches Leben entstehen lassen kann. Man muss eine Prise Ungewissheit in die Politik einführen, um sie aus der Lethargie zu wecken, so dass die Akteure, die bislang wussten, was ein Fluss vertragen konnte und was nicht, in ausreichender Weise zu zweifeln beginnen. Die Bezeichnung „Zweifel“ ist freilich nicht angemessen, da sie den Eindruck von Skeptizismus vermittelt, während vielmehr Hinterfragung, Erforschung und Experiment gemeint sind. Mit anderen Worten, es geht um ein *kollektives Experimentieren* im Hinblick auf die möglichen Zusammenhänge zwischen Dingen und Menschen, ohne dass von nun an eine dieser Entitäten von der anderen als bloßes Mittel benutzt wird.³⁵

Die politische Ökologie, wie wir sie nun verstehen, definiert sich nicht über ihre Berücksichtigung der Natur, sondern durch den unterschiedlichen Werdegang, den alle Objekte nun nehmen. Ein Planer des örtlichen Landwirtschaftsamtes, ein Bewässerer, ein Fischer oder ein Konzessionsinhaber für Trinkwasser kannten bislang die Bedürfnisse von Wasser. Sie alle konnten seine Form garantieren, indem sie Annahmen über seine Grenzen hatten und alle detaillierten Aspekte ignorierten. Der große Unterschied zwischen der gegenwärtigen und der früheren Situation besteht nicht in der Tatsache,

dass wir zuvor nichts über Flüsse wussten und uns nun Sorgen um sie machen, sondern dass wir nicht länger das detaillierte Leben dieses Flusses als Objekt abstecken können. Sein Werdegang als ein Objekt hat nicht länger die gleiche Form, wenn jeder Strom, jede Flusswindung, jede Quelle und jedes Wäldchen sowohl als Zweck als auch als Mittel für jene dienen muss, die den Anspruch erheben, sie zu verwalten.

Auch auf die Gefahr hin, hier ins Philosophieren zu geraten, könnten wir sagen, dass sich die ontologischen Formen des Flusses verändert haben. Es gibt im wahrsten Sinne des Wortes keine Objekte mehr. Diese Äußerung hat nichts mit Sentimentalität in Bezug auf Mutter Erde zu tun, mit der Verschmelzung des Fischers, des Eisvogels und des Fisches. Sie kennzeichnet lediglich den ungewissen, verworrenen Charakter der Entitäten, die durch das kleinste Flussprojekt oder den kleinsten Bewirtschaftungsplan Beachtung finden. Auch bezieht sich diese Äußerung nicht auf die unvermeidliche Komplexität der natürlichen Milieus und die Interaktionen von Mensch und Umwelt, da die neuen Beziehungen nicht komplexer sind als die alten (wenn sie es wären, dann könnte keine Wissenschaft, Verwaltung oder Politik in ihrem Namen erfolgen, wie Florian Charvolin [1993] so schön gezeigt hat); sie verweist lediglich auf die Verpflichtung, andere Beteiligte, die unvorhergesehen auftreten oder wie von Zauberhand verschwinden können und die alle danach streben, am „Reich des Endzwecks“ teilzuhaben, unter Umständen einzubeziehen, indem die Zusammenhänge von Lokalem und Globalem plötzlich in Betracht gezogen werden. Um diese Quasi-Objekte zu überwachen, ist daher die Entwicklung neuer Verfahren notwendig, mit denen diese Ankünfte und Weggänge, diese Zwecke und diese Mittel verwaltet werden können – Verfahren, die sich völlig von jenen unterscheiden, die in der Vergangenheit genutzt wurden, um Dinge zu verwalten.

Eigentlich müsste man also, um diese Argumentation zusammenzufassen, sagen, dass die Ökologie nichts mit der Berücksichtigung der Natur, ihren eigenen Interessen und Zielen zu tun hat, sondern dass es vielmehr darum geht, alles auf eine andere Weise zu betrachten. Eine Frage, ein Objekt oder ein Datum zu „ökologisieren“ heißt nicht, es zurück in einen Urzusammenhang zu stellen und ihm ein Ökosystem zu geben. Sondern es heißt, es Begriff für Begriff in Opposition zu einer anderen Aktivität zu setzen, mit der man sich seit nunmehr dreihundert Jahren beschäftigt und die, mangels eines besseren Begriffs, „Modernisierung“ genannt wird.

Überall da, wo wir „modernisiert“ haben, müssen wir nun „ökologisieren“. Diese Devise bleibt offensichtlich uneindeutig und sogar falsch, wenn wir von der Ökologie als einem geschlossenen System von Beziehungen ausgehen, als ginge es nur darum, alles in die Betrachtung einzubeziehen. Sie ist jedoch auf eine grundlegende Weise angemessen, wenn wir den Begriff Ökologie auf das oben definierte Ordnungsprinzip anwenden und uns auf das Kantsche Prinzip zur Rechtfertigung der „grünen Polis“ beziehen.

„Ökologisieren“ heißt, jene Verfahren zu entwickeln, die es möglich machen, einem Netzwerk von *Quasi-Objekten* zu folgen, deren Unterordnungsverhältnisse ungewiss bleiben und die daher eine neue Form der politischen Aktivität erfordern, die so angepasst sind, dass sie den Quasi-Objekten folgen können. Es versteht sich, dass diese Opposition von Modernisierung und Ökologisierung wesentlich weiter geht als die Anwendung eines Prinzips der ethischen Verantwortung wie bei Hans Jonas. Indem wir die Polis der Ökologie definieren, gelingt es uns vielmehr – aus den Argumenten dieses Prinzips der Zurückhaltung – jene zu selektieren, die zu einem neuen politischen Leben gehören und jene, die dem alten Repertoire der Zurückhaltung verpflichtet sind. In der Ökologie geht es nicht einfach darum „vorsichtig“ zu sein, um keine Fehler zu machen. Denn es ist notwendig, andere Verfahren zur Anwendung zu bringen, die eine politisch-wissenschaftliche Forschung und das Experimentieren ermöglichen.³⁶

Indem wir Modernisierung und „Ökologisierung“ (es ist offensichtlich, dass hier ein anderer Begriff gefunden werden muss, der weniger sperrig und inspirierender und motivierender ist!) gegenüberstellen, könnten wir vielleicht den beiden gegensätzlichen Schicksalen entkommen, mit denen wir

begonnen haben. Die politische Ökologie kann der Banalisierung und der übermäßigen Aufblähung entkommen. Sie muss nicht alles in Betracht ziehen und vor allem nicht die Natur und sicherlich auf keinen Fall die Natur um ihrer selbst willen. Noch muss sie ihre Entwürfe auf die Existenz eines Verwaltungsapparates beschränken, der für Umwelt zuständig ist, so wie andere Einrichtungen für Schulen, Gesundheit oder für die Überwachung gefährlicher Fabriken verantwortlich sind. Es geht vielmehr darum, alles auf eine unterschiedliche Art und Weise zu betrachten, aber dieses „Alles“ kann nicht unter dem Begriff der Natur subsumiert werden und der Unterschied kann nicht auf die Übernahme naturalistischen Wissens in menschliche Auseinandersetzungen reduziert werden. Um es genau zu sagen, geht man von der grünen Polis und der Methode von Boltanski-Thévenot aus, das heißt dem Wechselspiel des Kritisierens der anderen Rechtfertigungslogiken und den unvermeidlichen Kompromissen, die gefunden werden müssen, dann kann man die politische Ökologie aus ihren gegenwärtigen Stagnation herausholen und sie die Position einnehmen lassen, die die Linke, in einem Zustand der Implosion, schon viel zu lange unbesetzt gelassen hat.

Aus dem Englischen: Petra Gaines mit Georg Hiller und Anh-Linh Ngo

** Deutsche Erstveröffentlichung des Artikels „Moderniser ou écologiser? A la recherche de la ‚septième‘ Cité“, erschienen in: Ecologie Politique Nr. 13, S. 5–27, 1995. Die deutsche Übertragung folgt dabei der überarbeiteten englischen Version „To Modernize or to Ecologise? That is the Question“, erschienen in: Remaking reality. Nature at the millennium, hrsg. von Bruce W. Braun und Noel Castree, London/New York 1998.*

Bruno Latour ist Philosoph, Anthropologe und Soziologe mit den Arbeitsschwerpunkten Politik-, Wissenschafts- und Techniksoziologie. Er ist Professor für Soziologie an der Sciences-Po in Paris.

Danksagung

Dieser Aufsatz ist Teil eines langfristig angelegten Projektes des Centre de *sociologie de l’innovation* über das Novum der politischen Ökologie. Daher ist er stark von den vielen Fallstudien beeinflusst, die zur Wasserwirtschaft, Abfallentsorgung, Geschichte der Ökologie und zur politischen Wissenschaft durchgeführt werden.

Ich bin ganz besonders Charis Cussins und David Western zu Dank verpflichtet, die große Teile der hier dargestellten Argumentation entwickelt haben (wobei sie für meine Darlegung natürlich in keiner Weise verantwortlich sind).